

Eine neue EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter

Die tatsächlich uneingeschränkte Gleichstellung der Geschlechter liegt noch in weiter Ferne. Dies wirkt sich nachteilig auf das Leben und die Lebenschancen von Einzelpersonen – Frauen, Mädchen, Jungen und Männern – sowie auf ihre jeweiligen Gemeinschaften und die EU als Ganzes aus. Zum Arbeitsprogramm der Kommission für 2020 gehört nun ein Vorschlag für eine neue EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter. Bei der Plenartagung des Parlaments im Februar soll sie sich zu dem Vorschlag äußern.

Hintergrund

Den Verträgen zufolge ist die EU verpflichtet, den Grundsatz der [Gleichstellung von Männern und Frauen](#) bei allen ihren Tätigkeiten zu fördern (Artikel 2 und Artikel 3 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) und Artikel 8 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)), und kann Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts annehmen (Artikel 19 AEUV). Die [jährliche Überwachung](#) der Maßnahmen der EU und die [Forschungsarbeiten](#) des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) zeigen, dass mit den bislang ergriffenen Schritten zwar Fortschritte erzielt wurden, aber weitere Maßnahmen erforderlich sind. Der [Gleichstellungsindex](#) des EIGE belegt, dass die Entwicklung in diesem Bereich nur langsam und [uneinheitlich](#) vorstangeht und es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen [Staaten](#) gibt. Forschungsergebnisse zeigen die [nachteiligen Folgen](#) dieses Geschlechtergefälles und die möglichen Vorteile der Gleichstellung der Geschlechter für Einzelpersonen, Gesellschaft und [Wirtschaft](#) auf. Damit gerechte und wirksame politische Maßnahmen erarbeitet werden können, müssen auch [neue Herausforderungen](#) wie [demografische Entwicklung](#), [Digitalisierung](#), [künstliche Intelligenz](#) und [Klimawandel](#) eingehend betrachtet werden. Zwar gibt es in der EU immer mehr [Bewegungen von Gleichstellungsgegnern](#), doch [öffentlichen Meinungsumfragen](#) zufolge sind die meisten Europäerinnen und Europäer der Ansicht, dass die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter für eine faire und demokratische Gesellschaft, die Wirtschaft und für sie selbst von großer Bedeutung ist, und immer mehr Bürgerinnen und Bürger wünschen sich, dass die EU in diesem Bereich stärker tätig wird.

Vorschlag der Europäischen Kommission

Die Kommission legt in umfassenden mehrjährigen politischen Programmen Vorschläge für Rechtsvorschriften und nichtlegislative Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern vor. Bei dem gerade abgelaufenen Programm, dem [strategischen Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter 2016–2019](#), galten dieselben Prioritäten wie zuvor bei der [Strategie 2010–2015](#), nämlich **Beseitigung der Unterschiede im Hinblick auf Beschäftigung, Einkommen, Renten und Besetzung von Führungspositionen, Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt sowie Unterstützung für die Opfer und Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frau weltweit**. Als es angenommen wurde, führte es jedoch zu [weit verbreitetem Unbehagen](#), denn es sei zu einer Art Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen [herabgestuft](#) worden.

Der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zufolge ist die Gleichstellung der Geschlechter eines der wichtigsten Themen und Ziele ihrer Kommission (2019–2024). In ihren [politischen Leitlinien](#) versprach sie eine neue EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter, mit der diese politische Verpflichtung untermauert und die langfristige Arbeit in und außerhalb der EU unterstützt werden soll. Für die Strategie verantwortlich ist die [Kommissarin für Gleichheitspolitik](#) Helena Dalli. Zu dem [Arbeitsprogramm der Kommission für 2020](#) gehört auch die Gleichstellungsstrategie (2020–2024) im Rahmen des [übergreifenden Ziels 6: Neuer Schwung für die Demokratie in Europa](#). Sie dürfte als Mitteilung im ersten Quartal 2020 um den [Internationalen Frauentag](#) herum angenommen werden. Die Kommission hat bereits einen [Fahrplan](#) veröffentlicht, in dem die Prioritäten dargelegt sind. Bei der neuen Strategie liegt der Schwerpunkt auch weiterhin auf dem Lohngefälle zwischen Frauen und Männern, der Gleichstellung in Führungspositionen und der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, doch es werden auch neue Prioritäten wie künstliche Intelligenz und Klimawandel eingeführt. In der Strategie werden neue Legislativvorschläge dargelegt (z. B. zur Lohntransparenz) und die wirksame Umsetzung geltender Rechtsvorschriften der EU gefördert (insbesondere der [Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben](#)). Außerdem wird auch künftig der Schwerpunkt auf [Gender Mainstreaming](#) in der EU-Politik einerseits und gezielte Maßnahmen gegen bestehende oder neue Geschlechtergefälle andererseits gelegt. Zu den neuen bereichsübergreifenden Prioritäten gehören Geschlechterstereotypen, die Rolle von Männern und Jungen und die kumulativen Auswirkungen von Geschlechtergefällen im Lebenszyklus. Ein weiterer Aspekt der Strategie ist die sogenannte [Intersektionalität](#), damit dem Zusammenspiel von sozialem Geschlecht und Merkmalen wie Alter, ethnische Zugehörigkeit, sexuelle Identität und Orientierung und Behinderung Rechnung getragen wird. Was die Außenbeziehungen betrifft, wird die Strategie durch einen neuen [Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter](#) (GAP III) ergänzt.

Standpunkt des Europäischen Parlaments

In der Wahlperiode 2014–2019 nahm das Parlament [eindeutige Standpunkte](#) zu einzelnen Themen an, die in den Bereich des strategischen Engagements fallen, und forderte [mehrmals](#) einen stärkeren EU-Rahmen für die Förderung der Rechte der Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter. Es bedauerte, dass das Programm für 2016–2019 eher als Arbeitsunterlage veröffentlicht wurde denn als vollständige Mitteilung und hielt dies für eine [Herabstufung](#) dieses Politikbereichs. Außerdem gab das Parlament konkrete Empfehlungen betreffend den Inhalt einer neuen Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter ab. Dazu gehörten auch die Forderungen nach konkreten Zielvorgaben und einem eigens vorgesehenen Haushalt zur Beurteilung und Erzielung von Fortschritten, der Kombination gezielter Maßnahmen mit dem sogenannten Gender Mainstreaming, Maßnahmen gegen Diskriminierung aus mehreren Gründen und zur Unterstützung der Bedürfnisse verschiedener Gruppen von Frauen und eine bessere Koordinierung mit internationalen Strategien und Strategien der EU, etwa der [Agenda 2030](#) der Vereinten Nationen, Europa 2020, dem Europäischen Semester und dem Mehrjährigen Finanzrahmen. In seiner [Entschließung](#) vom 15. Januar 2020 zu Menschenrechten und Demokratie in der Welt bekräftigte das derzeitige Parlament die Forderung nach einer soliden EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und forderte eine umfassende und verbindliche Strategie mit dem Status einer Mitteilung der Kommission.

Der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) des Parlaments hat im Zuge der Ausarbeitung des Kommissionsvorschlags einen informellen Meinungsaustausch mit der Kommission abgehalten. Im Dezember 2019 führte der Ausschuss eine [Anhörung](#) durch, um Informationen von der Zivilgesellschaft und aus der Wissenschaft zu erhalten. Der FEMM-Ausschuss arbeitet nun an einem Initiativbericht über die Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter ([2019/2169\(INI\)](#)), der im Juni 2020 vorgelegt werden soll. Bei der Anhörung im Dezember legte Berichterstatteerin Maria Noichl (S&D, Deutschland) dar, dass die oberste Priorität laute, eine wirksame Strategie zu erarbeiten, die das Leben der Menschen besser mache, und dass diese mithilfe der Vorteile beurteilt werden müsse, die sie für alle Frauen bringe.

Standpunkt des Rates

Wie das Europäische Parlament forderte auch der Rat bereits [mehrmals](#) eine hochrangige Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Sinne des strategischen Engagements der Kommission. 2018 unterzeichneten die für Gleichstellungsfragen zuständigen Minister der EU aus allen Mitgliedstaaten (außer Ungarn) eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „[Gemeinsame Erklärung – Geschlechtergleichstellung als Priorität der Europäischen Union heute und in der Zukunft](#)“, in der bekräftigt wird, dass die Gleichstellung der Geschlechter eine Priorität der EU ist, und eine eigenständige EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter gefordert wird. In der im Juni 2019 angenommenen [Strategischen Agenda des Europäischen Rates](#) wird betont, dass es für die EU und ihre Mitgliedstaaten gesellschaftlich und wirtschaftlich geboten ist, sich stärker dafür einzusetzen, die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie Rechte und Chancengleichheit für alle zu garantieren. Dem geltenden [gemeinsamen Programm der Vorsitzländer](#) (Januar 2019 bis Juni 2020) zufolge ist außerdem die Gleichstellung als gemeinsamer Wert von Bedeutung, und es gilt, Chancengleichheit und die Gleichstellung der Geschlechter in allen Politikbereichen der EU zu fördern und eine Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter einzuführen, bei der konkrete Maßnahmen und Gender Mainstreaming kombiniert werden. Am 22. Dezember 2019 fand im Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) eine [Aussprache](#) über künftige Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung für die kommenden fünf Jahre statt.

Ansichten der Interessenträger

Um herauszufinden, welche Themen, Gruppen und Arten von Maßnahmen Vorrang haben sollten und in welchen Politikbereichen der EU der Gleichstellungsaspekt stärker integriert werden muss, führte die Kommission eine [öffentliche Online-Konsultation](#) und Gespräche mit Vertretern der Zivilgesellschaft und beratenden Einrichtungen durch. Der [Beratende Ausschuss für Chancengleichheit von Frauen und Männern](#) und der [Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss](#) haben jeweils Empfehlungen für die neue Strategie abgegeben, wobei sie unter anderem ein besseres Gender Mainstreaming und eine stärkere Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung in allen Politikbereichen, ein intersektionelles Vorgehen zur Bekämpfung der verschiedenen Gründe von Diskriminierung und Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen fordern, die sich für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen. Die Europäische Frauenlobby sprach in ihren ausführlichen [Empfehlungen](#) zur neuen Strategie ähnliche Aspekte an. Sie verwies darauf, dass im Rahmen der Strategie die Bedürfnisse und Erfahrungen von Frauen mit unterschiedlichem Hintergrund berücksichtigt und mehr Ressourcen für Frauenorganisationen bereitgestellt werden müssten. Außerdem forderte sie, dass das Gender Mainstreaming Einzug in alle Politikbereiche der EU hält, insbesondere den neuen Grünen Deal und den digitalen Binnenmarkt, bei denen der Gleichstellungsaspekt vielleicht nicht offensichtlich ist, und dass der Gleichstellungsaspekt bei der Haushaltsplanung in allen Programmen berücksichtigt wird, damit nachteilige Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter und auf Frauen beurteilt werden können. [Plan International](#) forderte, dass die Berücksichtigung der konkreten Bedürfnisse von Mädchen stärker in den Mittelpunkt gestellt werden, während die [europäische Plattform für ältere Menschen \(AGE Platform Europe\)](#) Vorschläge machte, wie mit den Maßnahmen der EU auf die Probleme älterer Frauen eingegangen werden könnte, vor allem im Hinblick auf wirtschaftliche Unabhängigkeit, Gesundheit und Gewalt gegen Frauen. Das [Europäische Behindertenforum](#) forderte, dass die Probleme von Frauen und Mädchen mit Behinderungen in der neuen Strategie berücksichtigt werden.

